

Den Wandel vor Ort bewältigen

SOZIODEMOGRAFISCHER WANDEL ZWISCHEN HORRORSZENARIEN, FACHPOLITIK UND BÜRGERSCHAFTLICHEM ENGAGEMENT

Entvölkerte und überalterte Städte, menschenleere Landstriche, Überforderung der jungen Generation, die die Finanzlast der Alten nicht mehr tragen kann – dies sind Bilder, die häufig mit dem demografischen Wandel in Verbindung gebracht werden. Aber diese Horrorszenarien entsprechen selten der Realität, denn es gibt Alternativen. Eine Gruppe aus Politologen und Praktikern aus Verwaltung und Wirtschaft hat sich im Projekt »ExplorAging« als Clustergruppe zusammengefunden, um sich mit den Herausforderungen auf kommunaler Ebene auseinanderzusetzen.

»Den« demografischen Wandel gibt es nicht: Hinter diesem Begriff verbergen sich verschiedene Entwicklungen, die für Deutschland nicht einheitlich verlaufen. Noch nicht einmal eine Differenzierung nach Bundesländern ist ausreichend.

Vielmehr hat jede Kommune und sogar jeder Stadtteil eine spezifische Bevölkerungsstruktur und unterschiedliche Rahmenbedingungen (geografische Lage, Arbeitsmarktsituation, Situation auf dem Wohnungsmarkt, Fläche), wodurch der demografische Wandel viele verschiedene Ausprägungen annimmt und in jeder Kommune andere Auswirkungen und Folgen nach sich zieht. Dies führt dazu, dass es keine Patentrezepte gibt, wie mit den Herausforderungen des demografischen Wandels umgegangen werden kann und welche Lösungen entwickelt werden müssen.

Mit anderen Worten: Die Auswirkungen des demografischen Wandels sind vielfältig, aber sowohl der demografische Wandel selbst als auch seine Folgen sind durchaus politisch gestaltbar.

Mit den Herausforderungen auf kommunaler Ebene am Beispiel der Region Hannover hat sich die Clustergruppe 1 des Projektes »ExplorAging« auseinandergesetzt.

Die Clustergruppe 1 setzte sich aus Vertretern des Instituts für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität

Hannover, des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforchung GmbH, des Fachbereichs Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Hannover, des Teams Regionalplanung der Region Hannover, der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. und der Holtmann Messe AG zusammen. Somit ist eine gesellschaftliche Bandbreite an Organisationen vertreten, die unterschiedliche Wissensbestände in Bezug auf »Aging« und dem Schwerpunkt »kommunale Daseinsvorsorge« in den Gruppenprozess eingebracht haben. Die Bündelung dieser Wissensbestände führte unter anderem zu dem am Ende vorgestellten Projekt.

Was ist der demografische Wandel?

Im Allgemeinen wird unter dem *demografischen* Wandel eine grundlegende Änderung der Bevölkerungszahl und -zusammensetzung verstanden. Bestimmungsfaktoren hierfür sind die Geburtenrate, die Lebenserwartung und der Wanderungssaldo. Werden zusätzlich noch die ethnische und kulturelle Vielfalt sowie Veränderungen in der Haushalts- und Familienstruktur als auch bei den Lebensstilen und -formen betrachtet, wird von *soziodemografischem* Wandel gesprochen.

Für Niedersachsen ergibt sich folgendes Bild:

- eine insgesamt langfristig sinkende Einwohnerzahl;
- eine Verschiebung der Altersstruktur, wobei von Alterung der Bevölkerung auszugehen ist;
- ein Rückgang der Zahl der Kinder und Jugendlichen (Unterjüngung).

Die Wanderungsgewinne in Niedersachsen sind in den letzten fünf Jahren kontinuierlich gesunken. Im Hinblick auf die Sozialstruktur sind Themen wie die Vereinzelung und Individualisierung der Menschen, der Rückgang traditioneller Familienstrukturen und besonders die Zunahme der Anteile der Einwohner mit Migrationshintergrund bedeutend. Die Entwicklung in Niedersachsen fällt allerdings regional sehr unterschiedlich aus und führt zu unterschiedlichen Ausgangslagen und Handlungsmöglichkeiten in den Städten und Gemeinden.

Für die Arbeit der Clustergruppe 1 stellten sich zunächst folgende Fragen:

- Was bedeutet der demografische Wandel für die Kommunen?
- Welche kommunalen Aufgabenbereiche sind hiervon betroffen?

Hier zeigt sich, dass alle Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge – Bildung, Verkehrsinfrastruktur und ÖPNV, Kultur, Sport, Soziale Einrichtungen, Kinderbetreuung, Bauen und Wohnen sowie Ver-

und Entsorgung – in Mitleidenschaft gezogen werden und zwar sowohl quantitativ (zahlenmäßige Nachfrage) als auch qualitativ (Wandel der gesellschaftlichen Bedürfnisse und der Art der Nachfrage). Das Thema demografischer Wandel ist also ein Querschnittsthema, welches alle Politikbereiche berührt und dessen Bearbeitung integrierte Handlungskonzepte erfordert.

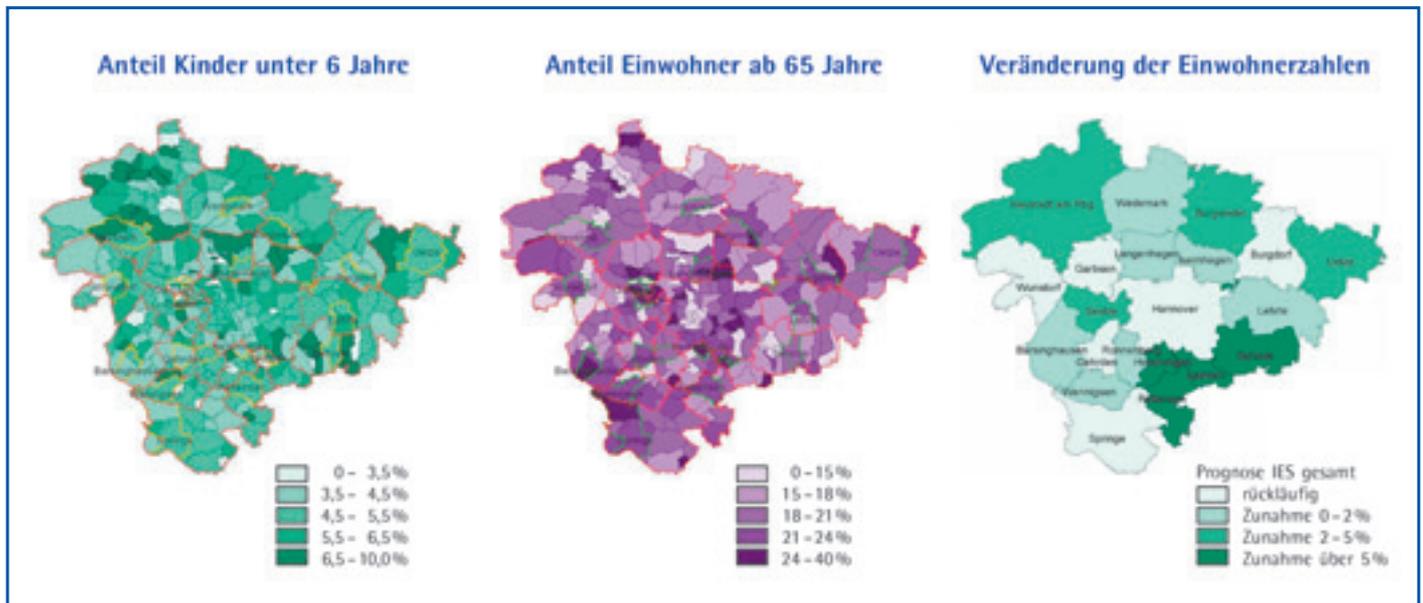
Diese Einschätzung wird durchaus von den Kommunen geteilt und eine integrierte

Ein erstes Ergebnis der Clustergruppe 1 stellte das »Agenda-Papier« dar, in welchem u.a. offene Fragestellungen formuliert wurden, wovon hier nur eine Auswahl wiedergegeben wird:

- Welche Veränderungen der Bedarfssituation in der sozialen Infrastruktur sind absehbar?
- Welche Akteure sind an deren Bereitstellung beteiligt (Behörden, Verbände, Marktanbieter, Netzwerke etc.)?

auch Grenzen in der Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels das bürgerschaftliche Engagement spielen kann. Dies erklärt sich aus der Perspektive der Kommunen, die ein hohes Interesse an der Möglichkeit zur Nutzung des bürgerschaftlichen Engagements zu ihrer Entlastung haben.

Politikwissenschaftliche Studien zum bürgerschaftlichen Engagement weisen auf einige problematische Aspekte hin:



Stadtentwicklungsplanung als Schlüsselstrategie zur Bewältigung der unterschiedlichen quantitativen, qualitativen und teilträumlichen Aspekte des demografischen Wandels gefordert.

Interessant ist, dass die Kommunen in vielen Fällen theoretisch gut auf die Folgen des demografischen Wandels vorbereitet sind, jedoch mangelt es häufig an Handlungskonzepten zur Umsetzung der Theorie in die Praxis.

Exemplarisch hat sich die Clustergruppe 1 die Region Hannover näher betrachtet und versucht herauszuarbeiten, welche relevanten offenen Fragestellungen die demografischen Entwicklungen in der Region hervorrufen.

- Wie gestaltet sich das bürgerschaftliche Engagement in diesem Kontext (auch kleinräumig)?
- Welche Rahmenbedingungen sind förderlich und notwendig für eine Sicherung und Ausweitung des bürgerschaftlichen Engagements?

Projektvorschlag »Bürgerschaftliches Engagement als Ressource für die Stadtteil- bzw. Kommunalentwicklung«

Der Fokus wurde im Verlauf der Arbeit auf die Frage des bürgerschaftlichen Engagements gelegt.

Vor allem soll der Frage nachgegangen werden, welche Chancen, Möglichkeiten aber

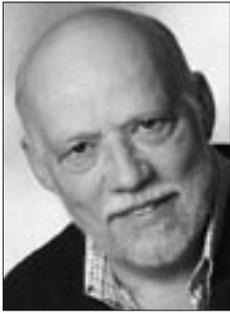
Demnach bestehen unterschiedliche Potenziale bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die berücksichtigt werden müssen.

Wie die Ergebnisse einer im Rahmen des Projekts durchgeführten Literaturrecherche belegten, sind gerade bei sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen geringeres Engagement und geringere Potenziale beobachtet worden.

Somit ist eine realistische, von Interessen ungefärbte Wahrnehmung und Beurteilung von Potenzialen des bürgerschaftlichen Engagements notwendig.

Dabei darf beispielsweise auch nicht übersehen werden, dass bereits heute Engagement in beträchtlichem Umfang stattfindet und dass sich viele

Abbildungen
Einwohnerstruktur in der Region Hannover
Quelle: Team Regionalplanung, Region Hannover

**Prof. Dr. Bernhard Blanke**

Jahrgang 1941, ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover.

**Nicole Krüger**

Jahrgang 1980, ist Doktorandin am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover.

**Dagmar Vogt-Janssen**

Jahrgang 1960, ist Fachreferentin bei Landesvereinigung für Gesundheit in Niedersachsen e.V., zuständig für das Projekt Landesagentur Generationendialog Niedersachsen (gefördert vom Nds. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit).

**Dr. Andreas Borchers**

Jahrgang 1957, ist Geschäftsführer des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH.

Menschen für ihr Gemeinwesen einsetzen. Eine mögliche Ausweitung findet also vor diesem Hintergrund statt.

Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklungen ist zu beachten, dass Aging-Prozesse zu einer veränderten Ressourcenverteilung zwischen den Generationen und zu einer Zunahme von Ressourcen bei der älteren Generation führen.

Hierzu zählen sowohl finanzielle als auch zeitliche Ressourcen, die in Verbindung mit steigender Gesundheit und vielfachen Kompetenzen grundsätzlich vorhanden sind. Das Engagement Älterer ist nach wie vor unterdurchschnittlich und mit zunehmendem

dem Alter weiter abnehmend. Zudem bezieht sich das Engagement Älterer zumeist auf die eigene Generation.

Auch für die Region Hannover gilt, dass Bürgerengagement ein Top-Thema darstellt und jeder prinzipiell mehr Bürgerengagement fordert und dieses für eine Möglichkeit hält, die Wandlungsprozesse zu meistern.

Die Beantwortung folgender Fragen soll helfen, die »lokale Typografie des bürgerschaftlichen Engagements« zu analysieren, um auf dieser Grundlage dessen Chancen und Förderungsmöglichkeiten aufzuzeigen und so die Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements als Ressource für die Stadtteil- und Kommunalentwicklung zu erkunden.

- Welche Engagementformen und -aktivitäten gibt es vor Ort?
- Welche Organisationen und Einrichtungen tragen das Engagement?
- Wie und in welchem Maße fördert die Kommune das Engagement?
- Wer engagiert sich, auf welche Weise und mit welchen Motiven und Erwartungen?
- Wie kann die Engagementförderung verbessert werden?

Mit Hilfe der Ergebnisse kann der vorhandene Wohlfahrtsmix neu austariert werden, in welchem die Rolle der Region bzw. der Städte und Gemeinden und ihrer Aufgaben in Bezug auf die Daseinsvorsorge neu bestimmt wird.

Zudem sollen durch die vertiefenden Einblicke in die vorhandenen Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements hemmende Strukturen beseitigt und ein gezielter Aus- und Aufbau des bürgerschaftlichen Engagements erreicht werden. Ziel ist die Entwicklung passgenauer Lösungen zur Strukturverbesserung unter Einbeziehung der Bürger und Bürgerinnen, des Staates und der Wirtschaft.

Literatur

- Deutscher Städtetag (Hg.) (2006): Demografischer Wandel. Herausforderungen, Chancen und Handlungsmöglichkeiten für die Städte. Arbeitspapier des Deutschen Städtetages, AG »Demografischer Wandel« der Fachkommission »Stadtentwicklungsplanung« mit Unterstützung Arbeitskreises »Stadtfor-schung, Statistik und Wahlen«.
- Evers, Adalbert (2005): Verständnisse und Formen lokaler Partnerschaften. In: Haus, Michael (Hg.): Institutionen-wandel lokaler Politik in Deutschland. Zwischen Innovation und Beharrung. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. (Stadtfor-schung aktuell, 104), S. 111–131.
- Holland-Cunz, Barbara (2006): Alarmismus. Die Struktur der öffentlichen Debatte über den demografischen Wandel in Deutschland. In: Auth, Diana; Holland-Cunz, Barbara (Hg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demografischer Steuerung. Leverkusen: Budrich, S. 63–80.
- Jung, Hans-Ulrich; Nee, Hendrik; Skubowius, Alexander (2007): Aktuelle Bevölkerungsprognose für Niedersachsen und seine Regionen – Konsequenzen für die Kommunen. In: Newsletter des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung e.V., Ausgabe 2, 2007, S. 5–8.
- Zimmer, Annette (2007): Vom Ehrenamt zum Bürgerschaftlichen Engagement. Einführung in den Stand der Debatte. In: Schwalb, Lilian; Walk, Heike (Hg.): Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe? Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 95–108.